

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 39/39
Telex: 08 88 846 pbbn d

Inhalt

36. Jahrgang / 145

4. August 1981

Dr. Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, sieht die Regierungskoalition nach den Haushaltsberatungen gestärkt. Seite 1-3

Knut Terjung, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, weist die Unions-Polemik an Herbert Wehners kritischem Brief zurück. Seite 4

Egon Lutz-MdB, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, fordert aufgrund der neuen Arbeitslosenzahlen zum schnellen Handeln auf. Seite 5/6

Dr. Axel Wernitz MdB, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, empfiehlt eine Einengung des Kreises der politischen Beamten. Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godeberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Die Arbeit geht weiter

Von Peter Glotz
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands

Was gab es nicht alles an untergangslüsternden, schadenfrohen oder auch angsterfüllten Prognosen angesichts der bevorstehenden "Operation 1982", zum Haushalt 1982. Die Koalition werde nicht die Kraft haben, die Ausgaben des Bundeshaushalts wirksam zu begrenzen; Sie werde sich schon gar nicht auf kräftigungswirksame Maßnahmen einigen können. Schon im Vorfeld werde man sich mit Spar-Vorschlägen bei der Klientel des jeweils anderen übertreffen; kurz Nach dem Gipfel von Ottawa komme "die Stunde der Wahrheit".

Diese Stunde der Wahrheit hat ergeben, daß die Koalition sich in zweieinhalb Tagen auf Haushaltsverbesserungen von rund 14,5 Milliarden Mark geeinigt hat. Nur ein Sechstel dieser Maßnahmen kommt durch Steuermehreinnahmen (bei der nun wirklich nicht umstrittenen Erhöhung der Tabaksteuer) zustande; fünf Sechstel sind Ausgabenkürzungen. Dies läßt sich nun wirklich nur noch zum "Mißerfolg" machen, wenn man ein bißchen trickst; wenn man beispielsweise - statt des vom Bundesfinanzminister gesetzten und von der Koalition akzeptierten Sparziels von 16 Milliarden - die Latte auf 20 Milliarden legt oder wenn man so tut, als ob die Koalition in zweieinhalb Tagen nicht nur die Rahmenbeschlüsse, sondern auch noch alle Details hätte bewältigen können. Jeder, der etwas vom Geschäft versteht, weiß, daß dies niemals beabsichtigt war und auch gänzlich unmöglich wäre.

Natürlich ist das Ganze ein Kompromiß; wen wundert's. Die SPD hätte gerne das Prinzip durchgesetzt, daß - wenn man beim Kindergeld schon streichen muß - dann bei den besonders Wohlhabenden gestrichen würde; also Einkommensgrenzen. Das hat die FDP genauso wenig mitgemacht wie eine noch deutlichere Heranziehung der Freiberufler zu den alle Gruppen betreffenden Sparmaßnahmen. Aber umgekehrt haben die Sozialdemokra-



ten die Senkung des Arbeitslosengeldes genauso verhindert wie unzumutbare Verschlechterungen bei der Lohnfortzahlung oder der Krankenversicherung. Die Kompromisse, die gemacht wurden, sind insgesamt balanciert. Sie können von beiden Partnern getragen werden.

Deshalb hätte es jetzt auch wenig Zweck, wenn Politiker der einen oder anderen Partei stichelnde Nachhutgefechte begännen. Wenn der hessische Wirtschaftsminister Hoffie in der Bild-Zeitung beispielsweise wieder die Senkung des Arbeitslosengeldes ins Gespräch bringt, dann könnte man ihm ja leicht mit dem Vorschlag antworten, erneut über die Bewirtungsspesen zu diskutieren. Das würde den Auflagen bestimmter Zeitungen allerdings mehr helfen als der Koalition; erschüttern könnte es sie allerdings nicht. Es ist uns gelungen, den ersten Akt des Sommertheaters vergnüglich harmlos zu gestalten; warum sollte es beim zweiten Akt mißlingen?

Bei den wirklich wichtigen Fragen sind die Koalitionsparteien beieinander; so etwa bei dem Grundsatz, daß alle Einzelhaushalte in den Sparprozeß mit einbezogen werden müssen. Dies gilt, wie die Beschlüsse der Koalition zeigen, auch für den Verteidigungshaushalt, der kein Promille mehr steigt als der Bundeshaushalt im Durchschnitt. Die Koalition hat sich in voller Verantwortung und unter Beteiligung ihres Verteidigungsministers darüber Gewißheit verschafft, daß eine solche Maßnahme die Verteidigungskraft der Bundeswehr nicht schwächt. Deswegen kann sie der Kritik an den Sparmaßnahmen im Verteidigungshaushalt gelassen begegnen, wie sie es ja gestern und vorgestern auch tatsächlich getan hat. Über den deutschen Verteidigungsbeitrag wird in Deutschland und nicht anderswo entschieden. Wo unsere Bündnispartner Fragen an uns haben, werden wir sie sachlich beantworten. Daß es allerdings einem deutschen Politiker, nämlich Manfred Wörner, vorbehalten blieb, auf amerikanischem Boden den konservativen bis reaktionären Kritikern der deutschen Außenpolitik Stichworte zu liefern, wirft ein bezeichnendes Bild auf das, was Helmut Kohl normalerweise die Solidarität der Demokraten nennt. In der unerträglichen Sprache, die Menschen wie Manfred Wörner zu benutzen pflegen, würde so etwas - täte es ein Sozialdemokrat - als nationale Unzuverlässigkeit gebrandmarkt. Ich belasse es bei den Worten: Schäßiger Stilbruch.

Die Koalition hat sich auch darauf geeinigt, den Haushalt 1982 zu einem Haushalt der aktiven Beschäftigungspolitik zu machen, weil sie eins ganz genau weiß: Wenn wir zu-



lassen würden, daß die Arbeitslosenzahlen steigen, dann würden Sparoperationen dieses Umfanges immer wieder notwendig werden. Da dies niemand wollen kann, muß alles getan werden, um Beschäftigungsimpulse zu geben. Die Entscheidungen zur Konsolidierung der Stahlindustrie sind ein erster Schritt. Die Koalition wird auf diesem Weg weitergehen.

Wie dies im einzelnen geschieht, bedarf allerdings noch der Klärung. Dabei sollte in den nächsten Wochen zu allererst einmal über die Frage geredet werden, was denn konkret an Maßnahmen notwendig ist. Die Sozialdemokraten befürworten beispielsweise ein Programm im Bereich sozialer Wohnungsbau, insbesondere für die großen Städte, weil hier Engpässe entstanden sind, die gerade für sozial Schwächere schmerzhaft Folgen haben. Da es in der Bundesrepublik zur Zeit 50.000 arbeitslose Bauarbeiter gibt, die - wenn sie nicht schnell beschäftigt werden - die Branche wechseln werden, kann es über die Notwendigkeit von Impulsen auf diesem Sektor kaum einen Zweifel geben. Die Sozialdemokraten sind auch der Auffassung, daß wirksame Maßnahmen zur Klärung unserer Flüsse und Seen ergriffen werden sollten. Hier liegt nicht nur eine große ökologische Aufgabe, hier liegt auch die Chance zu einem deutlichen Impuls für unterschiedliche Sektoren unserer Wirtschaft. Die Sozialdemokraten werden der Bundesregierung auf diesen Feldern praktische und auch umsetzbare Vorschläge unterbreiten.

Wenn diese - und von anderer Seite gemachten - Vorschläge vorliegen, muß man sich dann seriöse Gedanken über die Finanzierung solcher Maßnahmen machen. Die SPD hat - mit dem Gedanken einer Ergänzungsabgabe zur Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer - einen konkreten und auch gut begründbaren Vorschlag gemacht. Über Gegenvorschläge werden wir rational diskutieren.

Bei der Operation 82 ist deutlich geworden, daß SPD und FDP in einer ganzen Reihe von Fragen unterschiedliche Interessen vertreten. Es ist aber genauso deutlich geworden, daß beide Parteien es verstehen, diese Interessen abzugleichen und ein ausgewogenes Regierungsprogramm - hier: Einen ausgewogenen Haushalt - auf den Tisch des Hauses zu legen. Die Hochjubelung zum schwindelerregenden Kraftakt hat nichts gebracht; die Arbeit geht weiter, das ist alles. (~/4.8.1981/h1/hgs)

+ + +



Was soll die gereizte Aufregung?

Die Opposition geht der sachlichen, offenen Auseinandersetzung aus dem Weg

Von Knut Terjung

Sprecher der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

1. Die CDU/CSU stellt die Dinge auf den Kopf, wenn sie ausgerechnet Herbert Wehner der "politischen Brunnenvergiftung" zeicht. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion hat sich in zahlreichen Reden und Presseveröffentlichungen stets sehr engagiert dagegen gewehrt, daß politische Gegnerschaft in eine Art Feindverhältnis umschlägt.
2. Tatsächlich sind es CDU/CSU-Politiker, die nicht nur in Wahlkampfzeiten, sondern erneut seit Monaten eine Diffamierungskampagne gegen die deutsche Sozialdemokratie führen und damit Feindverhältnisse propagieren. Hier nur ein einziges Beispiel: Friedrich Zimmermann am 23. Mai 1981 im "Bayernkurier":
"Die SPD ist zu einem ernststen Sicherheitsrisiko geworden... die SPD erweist sich als Mitstreiter dieser sowjetischen Überlegenheitsstrategie... man könnte meinen, die SPD sei einer Gehirnwäsche unterzogen worden."
Und der gleiche Herr Zimmermann am 3. Juli 1981 in der "Augsburger Allgemeinen Zeitung":
"Für den Frieden zu beten, kann für den einzelnen richtig und gut sein, aber der Staat muß den Frieden auch zu schützen wissen. An dieser Bereitschaft mangelt es der Regierungspartei SPD, und deswegen erscheint der Friede heute unsicherer als vor zehn Jahren. Solange die SPD nicht aus ihrer Bewußtseinskrise findet, solange wird sie auch als Regierungspartei unfähig zur Erhaltung der Sicherheit und damit letztlich von Frieden und Freiheit sein."
3. Herbert Wehner hat in seinem 20-Seiten-Schreiben seine Wertung der von der CDU/CSU betriebenen Sicherheitspolitik nicht aus der Luft gegriffen, sondern anhand von nachprüfbaren Äußerungen führender Oppositions-Politiker sorgfältig belegt. Er hat auch keineswegs unterstellt, daß die Union unveränderlich an ihren bisher vertretenen Positionen festhalten wird. Die von Helmut Kohl vor Monaten versuchte Kurskorrektur der CDU/CSU-Außen- und Sicherheitspolitik hat sich bisher aber innerhalb der Union nicht als konsensfähig und damit nicht als durchsetzbar erwiesen.
4. Nach wie vor scheut diese Opposition eine sachliche, offene Auseinandersetzung mit ihren innenpolitischen Gegnern in zentralen Fragen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Sie verbietet sich selbst, gründlich und bedacht die in der Tat schwerwiegenden Vorwürfe Herbert Wehners zu erörtern und in der Sache sauber zu argumentieren. Sie zeigt sich unfähig, die dargelegte gründliche Analyse zu entkräften. Ihr schriller, polemischer Aufschrei beweist, daß Herbert Wehners Kritik sitzt.
5. Um einer breiten Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, selbst festzustellen, daß die Schlußfolgerungen des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion durch nachprüfbare Äußerungen von CDU/CSU-Politikern untermauert werden, veröffentlicht die Pressestelle der SPD-Fraktion das interne Schreiben Herbert Wehners heute im Wortlaut. Darin findet sich übrigens auch der Hinweis, daß Herr Zimmermann die Titulierung "Partei der Nachrüstung" durchaus nicht als eine Unterstellung empfindet, sondern im Gegenteil: "Das ist für uns höchst ehrenvoll", so das freimütige Bekenntnis des Genannten im "Bayernkurier" vom 23. Mai 1981. Warum also die gereizte Aufregung des Herrn Hertel in der heutigen Ausgabe der "Neuen Presse", Hannover?
(-/4.8.1981/vo-he/hgs)

+

+

+



Glaubenszeiten sind vorbei

Bemerkungen zu den Juli-Daten der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Was sich momentan auf dem bundesrepublikanischen Arbeitsmarkt abspielt, kann nicht mehr mit den Hilfsmitteln arbeitsmarktpolitischer Experten relativiert werden. Düstere Prophezeiungen, die von den Optimisten einer unternehmerischen Eigeninitiative abgetan wurden, bestätigen sich auf die bitterste Weise.

Für den Monat Juli meldet die Bundesanstalt für Arbeit einen Anstieg der Gesamtarbeitslosenzahl um 120.000 auf nunmehr 1.245.000. Das ist zu 1980 ein glatter Aufschwung um 393.000. Die Quote beträgt 5,3 Prozent. Dies entspricht dem höchsten Juli-stand seit 1952.

Bei den Männern ist, gemessen am Vorjahr, ein Anstieg um 219.000 auf nunmehr 605.000 zu verzeichnen. Dies entspricht einer Quote von 4,2 Prozent. Im Vormonat lag sie noch bei 3,8 Prozent.

Ähnlich düster der Arbeitsmarkt der Frauen. Eine Zunahme um 174.000 zum Juli 1980 ließ die Zahl auf 641.000 klettern. Die Quote lautet nun 7,2 Prozent.

Getroffen werden bei dieser Entwicklung selbstverständlich auch die Problemgruppen des Arbeitsmarktes.

Bei den älteren Arbeitnehmern über 59 Jahren meldet die Bundesanstalt eine Zunahme um 1.300 auf 81.300. Das sind 16.600 mehr als im Juli des Vorjahres.

Gleich problematisch der Stellenmarkt der jugendlichen Arbeitnehmer. Dort sind 116.000 ohne Arbeit, was einer Zunahme zum Vorjahr um 38.500 entspricht.

Die stellungssuchenden Schwerbehinderten nahmen im Juli dieses Jahres um glatte 4.000 zu. Die neue Gesamtzahl von 98.700 ist alarmierend. Im Juli 1980 waren es noch 20.600 weniger.

Die ganze Brutalität der Situation wird bei der Analyse der Teilarbeitsmärkte deutlich:



Im Bereich der Metall- und Elektroberufe sind 191.000 Arbeitnehmer ohne Beschäftigung. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresmonat sind dies 66 Prozent mehr. Zu diesen Fakten kommt ein Rückgang der offenen Stellen in diesem Industriezweig um 43 Prozent.

Immer krisengetrübter stellt sich auch der Arbeitsmarkt der Büro- und Verwaltungsberufe, sowie der Warenkaufleute dar. 263.000 Angestellte sind auf der Suche nach einem Arbeitsplatz. Das sind 14 Prozent mehr als im Juli des Vorjahres. Die Zahl der offenen Stellen ging um 34 Prozent zurück.

Ohne den geringsten Lichtblick zeigt sich der Arbeitsmarkt der Bauindustrie: 51.700 Arbeitnehmer sind ohne Arbeit. Das sind 116 Prozent mehr als im Juli des Jahres 1980. Die Zahl der offenen Stellen ging zum Vorjahresmonat um 43 Prozent zurück. Dies immerhin zu der eigentlichen Hochkonjunkturzeit der Bauindustrie.

Selbst wenn man die allgemeinen Fakten wie Quartalsende und das berühmte Sommerloch in Anrechnung bringt, sind die vorliegenden Zahlen ein noch deutlicheres Zeichen zum Handeln, wie es sich mancher gewünscht hätte.

Die einzige Möglichkeit, diese Krise zu überwinden, ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Hier hilft kein Wenn und Aber.

Neben den strukturellen Problemen besteht nach wie vor, wenn man der Studie des Instituts der Wirtschaft glauben darf, eine Facharbeiterlücke.

Es hätte verheerende Folgen, nun die Mittel zur beruflichen Qualifikation, die das AFG bietet, zu kürzen. Hier besteht die eigentlich große Chance für tiefgreifende Maßnahmen. Gleichzeitig muß die Industrie endlich einsehen, daß auch ihr Überleben an eine solide ausgebildete und sozial abgesicherte Arbeitnehmerschaft gebunden ist.

Die Qualifizierung der Arbeitnehmer darf nicht einer Konsolidierung des Haushalts geopfert werden. Im Gegenteil: Nur über den Abbau der Arbeitslosigkeit kann eben der soziale und wirtschaftliche Fortschritt gesichert werden. Dabei darf man sich auch für Konjunkturprogramme nicht zu schade sein. Eine Ergänzungsabgabe böte hier die Möglichkeit für gezielte Maßnahmen.

Eine Konjunkturgläubigkeit und der Glauben an die berühmte Investitionskraft des deutschen Unternehmers à la Lambsdorff ist weniger denn je am Platze.

Die, die sich der gegenwärtigen Entwicklung bewußt sind, müssen angesichts dieser Zahlen schleunigst die Initiative ergreifen.

Ein weiteres Abwarten wird nicht nur Löcher in den Haushalt der Bundesanstalt reißen.

(-/4.8.1981/vo-he/hgs)



Den Kreis der politischen Beamten enger halten

Werden die Ruhestandsbezüge "abgespeckt"?

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestags

Die aktuelle öffentliche Diskussion um das Institut des "politischen Beamten" ist zwar nicht neu, aber gleichwohl notwendig. Auch die Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechtes hatte sich in ihrem im Frühjahr 1973 vorgelegten Bericht mit diesem Thema beschäftigt. Sie sprach sich dafür aus, die Möglichkeit zur Versetzung des politischen Beamten in den einstweiligen Ruhestand grundsätzlich auch künftig unter der Bezeichnung "Versetzung in den Wartestand" beizubehalten. Die Spitze der Verwaltung muß nach Kommissionsmeinung angesichts ihrer politischen Verantwortlichkeit die Möglichkeit haben, durch Besetzung wichtiger Führungspositionen mit Mitarbeitern ihres persönlichen Vertrauens die Verwirklichung ihrer Zielsetzung zu steuern. Hierzu bedarf es über loyale Pflichterfüllung hinaus der Arbeit auf der gleichen Wellenlänge mit der politisch verantwortlichen Spitze. Bei Wegfall dieser Identifikation muß das Dienstverhältnis jederzeit beendet werden können. Schon die Studienkommission war allerdings der Auffassung, "... daß bei einem Teil der gegenwärtigen 'politischen Beamten' die für das Institut maßgebenden Erwägungen nicht zutreffen. Es sollte auf Spitzenpositionen beschränkt bleiben, bei denen ein besonderes persönliches Vertrauensverhältnis zur politischen Spitze erforderlich ist. Im übrigen sollte dieses Institut nur verwendet werden, wenn eine Möglichkeit der Umsetzung nicht gegeben ist."

Damit hat die Studienkommission sowohl für die Theorie als auch für die Praxis des Instituts eines politischen Beamten nach wie vor aktuelle und bedenkenswerte Orientierungsmarken gesetzt. Gerade wenn man dieses Institut für prinzipiell sinnvoll hält, müßte allerseits hohes Interesse daran bestehen, den Kreis der politischen Beamten möglichst eng zu halten. Dazu gehört selbstverständlich auch die permanente Bereitschaft, kritisch zu prüfen, ob der gesetzlich festgelegte Kreis der politischen Beamten im derzeitigen Umfang wirklich notwendig ist. Einer eingehenden Prüfung bedarf auch die Frage, ob vor einer Versetzung in den einstweiligen Ruhestand zunächst nicht alle Möglichkeiten einer Verwendung auf anderen, vergleichbaren Dienstposten in Frage kommen. Die pauschale bzw. bequeme Feststellung, diese Möglichkeit gebe es regelmäßig nicht, reicht als schlüssige Antwort keineswegs mehr aus. Einzubeziehen in diesen Fragenkatalog wäre auch die Überlegung, stärker als bisher von dem gesetzlich verankerten Instrument einer erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis Gebrauch zu machen. Keinem Tabu dürfen schließlich im Rahmen einer kritischen Prüfung die derzeitigen gesetzlichen Regelungen für die Ruhestandsbezüge politischer Beamter unterliegen. In einer Zeit, da allenthalben gespart werden muß, sollte es nicht undenkbar sein, hier auch etwas abzuspecken. Immerhin erhält der in den einstweiligen Ruhestand Versetzte in den ersten drei Monaten nach dem Ausscheiden aus dem Amt zunächst das volle Amtsgehalt, für die nächsten fünf Jahre gibt es dann 75 Prozent der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der letzten Besoldungsgruppe des politischen Beamten. Anschließend werden die erdienten Ruhegehaltsbeträge gezahlt.

Schließlich muß man sich der Frage stellen, welche Möglichkeiten es gibt, um zu verhindern, daß relativ jung pensionierte politische Beamte neben den Ruhestandsbezügen noch zum Teil erhebliche Einkünfte aus Arbeitsverhältnissen in der privaten Wirtschaft erzielen und dies ohne jede Anrechnung. In Verbindung mit der im Herbst im Parlament beginnenden Diskussion über eine Neuordnung des Nebentätigkeitsrechts sollte die spezielle Frage einer Anrechenbarkeit von Nebeneinkünften bei den in den einstweiligen Ruhestand versetzten politischen Beamten geprüft und gegebenenfalls ergänzend geregelt werden. Die Beschäftigung mit all diesen Fragen und Problemen um das Institut des politischen Beamten herum kann dem allgemeinen Ansehen des öffentlichen Dienstes, der Staatskasse und dem Steuerzahler letztlich nur gut tun. (-/4.8.1981/bgy/hgs)

+ + +

